

BUNDESRAT

Stenografischer Bericht

973. Sitzung

Berlin, Freitag, den 14. Dezember 2018

I n h a l t :

Das, was wir heute erleben, ist doch eine substanzielle Debatte, eine starke Debatte, eine grundlegende Aussprache, in der weit über Parteigrenzen hinaus Verbindungen hergestellt werden. Wenn mir jemand vor einem halben Jahr gesagt hätte, dass die Kollegen Kretschmann, Rame- low und ich genau der gleichen Meinung sein werden, sogar Armin Laschet,

(Heiterkeit)

dann hätte ich nicht gedacht, dass das in einer solchen Form überhaupt möglich wäre. Deswegen geht es heute – jedenfalls für mich; ich glaube, für viele andere auch – nicht nur um die Frage Digitalisierung von Schulen – ein wichtiger Anlass. Es geht auch nicht um die Frage von Geld und Geldverteilung; denn es wird ständig über Geld zwischen Bund und Ländern geredet. Wir haben anschließend Gesetze, die das wieder machen, etwa das Gute-Kita-Gesetz.

Es geht um die entscheidende Frage: Wie ist eigentlich das Zusammenwirken der Politik in Deutschland, zwischen Bund und Ländern? Meiner Meinung nach sollten wir uns die Zeit nehmen, diese Frage tatsächlich zu klären. Sie wird uns sonst immer wieder in den nächsten Jahren gestellt, und wir werden von ihr eingeholt.

Das Grundgesetz ändern? Kann man machen! Aber wir haben in den letzten Jahren oft das Grundgesetz schnell geändert. Dabei war die alte Fassung des Grundgesetzes lange ein hervorragendes Gerüst für unser Land und hat dieses Land stark zusammengehalten. Immer nur wegen eines aktuellen Themas zu überlegen, schnell Artikel c, d, e, f in das Grundgesetz einzufügen, und dann zu hoffen, damit hätten wir ein Problem aktuell gelöst, ist der falsche Ansatz. Man kann Politik und das Grundgesetz nicht nur kasuistisch betrachten, sondern man muss es von der generellen Wirksamkeit auf Dauer anlegen.

Bund und Länder – wie ist das Verhältnis? Am Anfang waren die Länder. Dann kam der Bund. Nicht umgekehrt. Die Länder tragen den Bund. Nicht: Der Bund ordnet die Länder. Wir sind fast das einzige Land, das eine Institution wie den Bundesrat hat. Es gibt Gouverneure, Regionalpräsidenten, autonome Regionen – das gibt es alles. Aber so, wie Deutschland gegliedert ist – Bundestag und Bundesrat, und zwar auf Augenhöhe, nicht nachgeordnet; wir entscheiden manchmal später, trotzdem auf Augenhöhe –, so soll es bleiben. Das hat dieses Land doch starkgemacht. Das ist eine Stärke Deutschlands: der föderale Charakter.

Als Nächster spricht zu uns Ministerpräsident Söder aus Bayern.

Dr. Markus Söder (Bayern): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise hat der Bundesrat ja den Ruf, ein sehr würdiges Gremium zu sein, kurze Debatten zu führen – Beifall gibt es sowieso nicht –, und meistens geht es um das schnelle Abnicken beziehungsweise Entscheiden schon getroffener Beschlüsse des Bundestages.

Zentralistische Staaten sind in der Regel deutlich schlechter als föderale Staaten. Föderalismus gibt ja auch Identität und Heimat. So schwierig und anstrengend es manchmal sein muss – wir erleben es sogar in den Bundesländern, dass Regionen unterschiedlich arbeiten, denken und unterschiedliche Akzente haben –, aber das ist eigentlich eine absolute Stärke unseres Landes. Diese

Stärke aufzugeben wäre falsch. Über die Stärke nachzudenken wäre – umgekehrt – richtig.

Mit der Entscheidung, in die Bildungspolitik eingreifen zu wollen, wird der föderale Nerv getroffen. Bildungspolitik ist Urkompetenz der Länder. Es gibt kaum ein vergleichbares Themenfeld, in dem so klar und nachhaltig die Länderkompetenz beschrieben ist.

Das liegt daran: Wir in Bayern haben 170 Jahre Erfahrung mit einem Kultusministerium. Wir haben alle miteinander in unseren Ländern Kultusbehörden. Sie sind – wie Kultusminister auch – manchmal nicht einfach, aber sie sind das zentrale Element. Vor Landtagswahlen treten wir vor die Bürgerinnen und Bürger und legen Rechenschaft ab über die Richtung der Schulpolitik. Da darf gestritten werden, da darf man auch ganz anderer Meinung sein; es gibt ja unterschiedlichste Konzepte. Aber letztlich wird von den Landtagen – den Landesparlamenten, den Landtagsabgeordneten vor Ort – entschieden, welches System am besten passt.

Wenn wir heute mittels Digitalpakt eine Einflugschneise geben – und zwar nicht nur für die Finanzierung, sondern auch für Standards und Inhalte –, dann geben wir letztlich ein zentrales Feld von uns allen auf. Wir schwächen den Bundesrat, wir schwächen die Länder, und wir schwächen jeden einzelnen Landtagsabgeordneten. Diese kämpfen übrigens wie wir alle darum, dass auch die Landespolitik wahrnehmbar bleibt und Akzeptanz findet, auch bei der eigenen Bevölkerung.

Klar sind auch wir dafür, wenn es bei uns um das Thema „Digital“ geht. Aber ganz ehrlich: Über den Digitalpakt des Bundes wird schon lange diskutiert. Es ist doch nicht so, dass keiner von uns nicht schon angefangen hätte. Wer würde denn jetzt nach Hause gehen und sagen: Wir haben noch nichts gemacht, noch nie etwas über „digital“ gehört. Wir warten auf Eingebungen und hoffen, irgendwann loslegen zu können. – Jeder von uns hat doch schon viel gemacht. Jeder von uns hat schon begonnen.

Bei uns beispielsweise: WLAN und Breitband in die Schulen zu legen – na klar! 50 000 digitale Klassenzimmer bringen wir auf den Weg, nächstes Jahr 10 000. Das sind 150 Millionen pro Jahr allein dafür. Natürlich machen wir das. Das machen wir auch, weil wir die Kompetenz und die Kenntnis vor Ort haben. Wer kennt denn die Schulen? Wer weiß denn, wie es in jeder Schule stattfindet?

Von Berlin aus einzelne Schulen im Land zu betreuen wäre, gelinde gesagt, sehr schwer. Es wurde an einigen Stellen schon sehr humorvoll und sehr deutlich klargemacht, wie schwer das wäre. Aus meiner Sicht wäre es ein Fehler, diesen Weg so zu gehen, wie er gegangen worden ist. Und ich gebe zu – wie viele Kolleginnen und Kollegen habe auch ich großes Verständnis dafür –: Durch die Art und Weise der Änderung der Finanzbezie-

hungen hat sich die Grundskepsis – nicht nur Misstrauen – natürlich fundamental vertieft. Wir könnten es über die Umsatzsteuer, einen Staatsvertrag oder eine Bundesländer-Vereinbarung machen; das ist doch kein Problem.

Weil immer von „Sündenfällen“ geredet wird, wenn es um die Verwendung von Bundesmitteln gegangen ist – uns hat man das nicht vorgeworfen –: Die Bundesländer sind hierarchisch nicht nachgeordnete Behörden des Bundes. Ministerpräsidenten sind keine Regierungspräsidenten. Sie sind Vertreter der Bevölkerung ihrer Länder und damit gleichberechtigt im föderalen System der Verfassungsorgane Bundestag und Bundesrat. Ich finde, wir sollten Respekt davor haben. Wir müssen natürlich Respekt haben vor den Wünschen und Zielen des Bundestages und der Bundesregierung. Aber umgekehrt gilt der gleiche Respekt gegenüber den Ländern.

Für zwei Tablets pro Klasse! Ich schließe mich einigen Rednern an, die gesagt haben: Passen wir auf, welche Erwartungen wir setzen! Selbst wenn wir heute eine Grundgesetzänderung beschließen – wer glaubt, dass Mitte nächsten Jahres jeder Schüler in jeder Klasse ein bis zwei Tablets hat und alles erledigt wäre, der täuscht sich natürlich.

Im Übrigen – das ist jetzt eine inhaltliche Äußerung von mir –: Ich glaube nicht, dass es allein mit Tablets getan ist. Es geht auch um „Schule digital denken“, nicht nur technisch, sondern auch das Zusammenwirken mit den Lehrinhalten. Das ist doch etwas ganz anderes. Da brauchen wir ganz andere Möglichkeiten als nur Geld. Wenn aber Geld der Anlass ist, das Grundgesetz zu ändern und damit auch die Standards neu zu bestimmen, dann verändert diese Republik auf Dauer nachhaltig ihre Kompetenzströme. Deswegen ist das aus meiner Sicht falsch.

Ich sage an die Adresse finanzschwächerer Länder auch ganz ehrlich: Es ist wichtig, dass auch die Länder, die wirtschaftlich vermeintlich nicht stark sind, ihre Kompetenzen wahrnehmen können. Länder brauchen Geld und Kompetenzen. Es reicht nicht aus, Geld gegen Kompetenzen zu bekommen. Der Bund muss mithelfen – wie alle –, dass die Länder Geld haben, um die Kompetenzen, die ihnen zustehen, wahrzunehmen. Aber nicht immer nur sagen: Gebt lieber Kompetenzen und dann gibt es Geld dafür!

Dieses Auseinanderdividieren mittels Geld tut dem föderalen Miteinander nicht gut, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen ist aus meiner Sicht wichtig: Wir wollen Föderalismus, keinen Förderalismus. In Fernsehsendungen gibt es ja häufig diesen Freud'schen Versprecher, da sagt jeder: Ja, wir sind eifrige Kämpfer für den Förderalismus.

Wir alle nehmen Geld, wenn es einem guten Zweck dient; das ist nicht das Problem. Über die Umsatzsteuer kann man alles tun. Aber es muss eingebettet sein in eine

nachhaltige, auch kompetenzverträgliche gemeinschaftliche Struktur, die langfristig wirkt. Ich bin ganz sicher: In einem Vierteljahr kommt ein anderes Gesetz, dann stehen wir wieder da, weil es heißt: Wir müssen dieses Gesetz ganz dringend schnell beschließen, denn wir warten darauf. – Und wenn es bald Wahlen gibt, dann ist der Druck besonders hoch: Das muss jetzt geregelt werden. – Es gibt eine mediale Diskussion darüber, wer verzögert, wer blockiert.

Hier geht es nicht um blockieren. Hier gilt es darüber nachzudenken, was am Ende das Beste ist und was langfristig trägt.

Noch ein Satz zu dem Miteinander gerade in der Bildungspolitik! Ich finde, die Kultusministerkonferenz ist das zentrale, entscheidende Gremium. Dort wird über die Vereinheitlichung auch von Standards nachgedacht. Es wird darüber nachgedacht, wie wir, wenn jemand von einem Bundesland in ein anderes umzieht, unsere Standards so entwickeln können, dass ein Miteinander gut möglich ist und nicht nur eine harte Abgrenzung stattfindet.

Ehrlicherweise: lieber die Kultusministerkonferenz als am Ende irgendeine neue Kultusprüfbehörde des Bundes und regelmäßig die Prüfer des obersten Rechnungshofs des Bundes! Diese haben ohnehin genügend damit zu tun, den Bund zu prüfen. Wir sollten sie nicht zusätzlich dadurch belasten, dass sie durchs Land fahren müssen, um auch noch in den Ländern zu prüfen, wo es für sie doch schon genügend Arbeit und ausfüllende Tätigkeiten zu erledigen gilt.

Ich persönlich – ich bin ja relativ neu hier – sage ein Dankeschön. Ich fand, die Diskussion heute, aber auch die in der Ministerpräsidentenkonferenz waren auf hohem Niveau und – ganz wichtig – konstruktiv. Die Länder blockieren hier nichts. Sie sind nicht destruktiv. Sie sind eigentlich konstruktiv: Viele Kollegen haben schon Vorschläge gemacht, wie es gehen könnte.

Deswegen wäre es ganz wichtig, dass der Bund das Angebot, noch einmal nachzudenken, aufnimmt, nicht beleidigt reagiert, sondern es – im Gegenteil – als Ansatz nimmt, noch einmal nachzudenken, was der richtige Weg ist. Es ist keine Machtfrage. Es ist eine Sinnfrage für das föderale Miteinander, für den Respekt vor den Ländern, für den Respekt vor den Landtagen und, wie ich glaube, auch davor, was das Beste für unsere Schulkinder und für die Eltern ist. Wo haben wir am besten die Möglichkeit, digitale Bildung voranzubringen, wie wir es wollen? Man darf übrigens unterschiedliche Konzepte haben. Es gibt Leute, die meinen, Digitalisierung sei nur ein Weg; es gibt unterschiedliche Akzente, wie man das machen kann. Das soll jeder von uns in seinem Land in seiner Verantwortung prägen können. Die Eltern werden dann entscheiden, ob sie das gut finden oder nicht.

Am Ende kommt es darauf an: Kooperation bedeutet nicht Unterordnung. Kooperation bedeutet nicht, dass nur über die Finanzströme entschieden wird, wer was macht und wer bestimmt. Der Inhalt muss sauber diskutiert werden.

Deswegen beteiligen wir uns sehr gerne an der Anrufung des Vermittlungsausschusses. Wir glauben, dass wir neben der Umsetzung des Digitalpakts, neben der Frage, wie wir das organisieren können, auch im Auge behalten sollten, dass wir die föderale Architektur des Landes nicht jedes Mal erneut auf die Probe stellen, nur weil es um Geld geht. Das ist wichtig. Aber die Summe, um die es hier geht, bedeutet für keines der Länderparlamente eine so fundamentale Frage, dass es sich lohnen würde, das Grundgesetz erneut grundlegend zu verändern. – Vielen Dank.

Amtierender Präsident Dr. Reiner Haseloff:
Danke, Kollege Söder!